**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 36 (1956-1957)
**Heft:** 9

**Artikel:** Noch mehr Fremdarbeiter?
**Autor:** Keller, Theo
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-160579

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

stehen könnte, so würde dadurch, meiner Ansicht nach, mehr gewonnen als durch alle möglichen Klauseln. Daß es nicht gleichgültig ist für die Ruhe Europas, welche Prinzipien in der Schweiz die Oberhand gewinnen, hat das Jahr 1848 bewiesen, als die politische Lawine, die sich im Spätherbst 1847 am Gebirgsstocke des Gotthard ablöste, alle Throne zu erschüttern drohte!

Die protestantische Großmacht Preußen scheint mir sehr dabei interessiert zu sein, gegenüber der protestantischen Schweiz sobald wie möglich wieder die richtige Stellung zu gewinnen. Dies könnte, meiner Ansicht nach, am sichersten geschehen, wenn Preußen mit der Schweiz direkt verhandeln wollte, und wenn die Unterhandlung einem der konservativen Richtung angehörenden Magistraten anvertraut würde.

# NOCH MEHR FREMDARBEITER?

VON THEO KELLER

Die Wirtschaft der ganzen westlichen Welt erfreut sich seit langem einer Hochkonjunktur, die nach Dauer und Intensität in der Wirtschaftsgeschichte der neuern Zeit einzigartig dasteht. Gewisse Erscheinungen, die sie mancherorts in jüngster Vergangenheit gezeitigt hat, lassen aber der Vermutung Raum, daß die Entwicklung einem kritischen Punkte entgegen treibt, den man, wie viele Erfahrungen der Vergangenheit lehren, nicht ungestraft überschreiten darf, sollen nicht Spannungen und Überspannungen entstehen, die schließlich zu Gleichgewichtsstörungen und zum Umschwung führen müßten.

Teils vielleicht nur unbestimmte Ahnung, teils aber das klare Bewußtsein derartiger Entwicklungen, haben auch in unserm Lande das konjunkturpolitische Gespräch hüben und drüben zu großer Lebhaftigkeit ansteigen lassen. Es dreht sich im Zeichen einer weitgehenden Ausschöpfung aller sachlichen und persönlichen Produktionsmittel, außer um die Fragen der Erhaltung des Geldwerts, besonders oft um die Möglichkeiten und Grenzen der Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte. Dabei ist die Problematik der Beschäftigung einer immer größern Zahl von ausländischen Arbeitern allmählich in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt worden.

Als nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Schweiz ihren intakten Produktionsapparat in weitem Maße in den Dienst der Deckung des

Nachholbedarfs von im Kriege heimgesuchten Volkswirtschaften stellte, und als darob rasch eine Verknappung an Arbeitskräften eintrat, hat unser Land aus den großen Reserven Beschäftigungsloser zu schöpfen begonnen, die im Ausland angesichts der Zerstörung des Produktionsapparats und der Desorganisierung der gesamten Wirtschaft bestanden. Schon im Jahre 1947 sind rund 150 000 Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte erteilt worden. Ihre Zahl ist seither unter Schwankungen weiter gestiegen. Die halbjährlich durchgeführten Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit ergaben im August 1955 einen Bestand von 271 149 Fremdarbeitern.

Mit 107 427 neu erteilten Einreisebewilligungen im zweiten Vierteljahr 1956 und mit einem Bestand von mehr als 326 000 Fremdarbeitern im August sind alle bisherigen Zahlen nochmals überboten worden. Die in Arbeitnehmerkreisen begreiflicherweise gehegten Befürchtungen, es könnte durch diesen Zuzug eine ihre Stellung schwächende Entlastung am einheimischen Arbeitsmarkt eintreten, hat sich bisher als unbegründet erwiesen, ist doch die Anzahl der bei den Arbeitsämtern angemeldeten Ganzarbeitslosen Ende Juni dieses Jahres auf rund 600 gesunken. Alle Erfahrung des Alltags zeigt, daß seit Menschengedenken die Arbeitskraft in unserm Lande nie so begehrt war wie gegenwärtig.

Daraus leiten Unternehmer, denen es nicht mehr gelingen will, die zusätzlichen Arbeiter zu gewinnen, die sie für die fristgerechte Erledigung weiterer Aufträge benötigen, den Schluß ab, es sollte die Bewilligungspraxis noch weitherziger als bisher gehandhabt werden. Umgekehrt vertreten die Gewerkschaften neuerdings wieder mit besonderm Nachdruck die Meinung, es sei nun des Guten genug und es sollte der Zustrom aus dem Ausland unterbunden werden. Irgendwo dazwischen stehen die Verfechter staatspolitischer Interessen, die an die unliebsamen Folgen jener weitgehenden Durchsetzung der schweizerischen Bevölkerung mit Ausländern erinnern, wie sie am Vorabend des Ersten Weltkriegs bestand, als die Einwohner fremder Nationalität in der Stadt St. Gallen 31, in der Stadt Genf 42, in Lugano 50 und im schweizerischen Durchschnitt 14,7 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichten. Sie sehen die Gefahr einer erneuten Überfremdung auftauchen.

Es hält nicht leicht, mit ein paar kurzen Worten die verschiedenen Argumente gegeneinander abzuwägen und daraus gültige Schlüsse zu ziehen.

Wenn man die Dinge aus der Lage des Augenblicks heraus beurteilt, wird man die verhältnismäßig großzügige Fremdarbeiterpolitik unserer Behörden vor allem als einen Beitrag zur *Inflationsbekämpfung* anzuerkennen bereit sein. Der Zuzug großer Scharen fremder Arbeitskräfte mildert die Spannungen am Arbeitsmarkt, beugt der Gefahr unheilträchtiger Gleichgewichtsstörungen vor und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Hochkonjunktur. Insofern liegt er auch im wohl-

verstandenen Interesse der schweizerischen Arbeitnehmer. Zwar kann er die Gunst der Lage, in der sich der Anbieter der Arbeitskraft bei Voll- und Überbeschäftigung befindet, kurzfristig beeinträchtigen, denn er schwächt, auch ohne eigentliche Entlastung am Arbeitsmarkt, die Lohnauftriebstendenzen, die einem hinter der Nachfrage nach Arbeitskräften zurückbleibenden Angebot innewohnen. Aber er sichert mit der Stabilisierung der Hochkonjunktur die Fortdauer des vollen Beschäftigungsgrads, verstärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Exportwirtschaft am Weltmarkt und ermöglicht deren volle Ausnützung. Unzweifelhaft sind viele Investititionen der letzten Jahre in der schweizerischen Wirtschaft durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte erst möglich geworden. Die dadurch entstandene größere Produktionsbereitschaft erlaubte die Erhöhung des Produktionsvolumens und schuf so die Voraussetzung für eine Steigerung des Wohlstands, an der heute die Arbeitnehmer erfahrungsgemäß in stärkerem Umfange als früher teilhaben. Vor allem aber ermöglichte sie das Schritthalten des Angebots mit der Nachfrage am Konsumgütermarkt, eine zweite wichtige Voraussetzung zur Entkräftung inflatorischer Tendenzen.

Der Beitrag, der hier durch die Fremdarbeiter geleistet wird, ist deshalb besonders wirkungsvoll, weil sich ihr Einkommen nur zum Teil nachfragebildend an den einheimischen Warenmarkt wendet. Ein stattlicher Teil wird ins Herkunftsland übertragen. Bei einem auf fast 900 Millionen Franken geschätzten Gesamteinkommen der fremden Arbeitskräfte hat die Konjunkturbeobachtungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements für 1955 auf Grund einläßlicher Erhebungen den nach Hause gesandten Anteil mit 408 Millionen in die Zahlungsbilanz eingereiht. Das bedeutet ein bei der gegenwärtigen Konjunktur ungewöhnlich günstiges Verhältnis zwischen dem an die Steigerung des Sozialproduktes geleisteten Beitrag und der Nachfrage nach Konsumgütern.

Nicht ernsthaft bestritten werden kann, daß eine weitherzige Bewilligungspraxis auch eine konjunkturpolitisch weniger günstige Kehrseite besitzt. Sie zeigt sich u. a. dann, wenn mit Hilfe von Fremdarbeitern Neuinvestitionen vorgenommen werden, lediglich um die augenblicklichen Möglichkeiten der Hochkonjunktur, z. B. im Export, um jeden Preis bis zum Äußersten auszuschöpfen. Kann das dank dem Rückgriff auf die Arbeitsreserven des Auslandes allenfalls ohne Verschärfung der Spannungen am Arbeitsmarkt geschehen, so können dafür die Spannungen am Markt der Investitionsgüter und, wie sich neuestens zeigt, auch am Kapitalmarkt um so schärfer ausfallen.

Sind somit schon die gegenwärtigen konjunkturellen Wirkungen der Beschäftigung Hunderttausender von Fremdarbeitern nicht eindeutig positiv zu beurteilen, so muß das Urteil über die möglichen *Fernwirkungen* noch zurückhaltender lauten. Man hört zwar immer wieder die Meinung vertreten, daß ausländische Arbeitskräfte ein Element der Beweg-

lichkeit und Anpassungsfähigkeit in unsere Wirtschaft trügen, weil sie nach Bedarf hereingelassen, aber auch wieder heimgeschickt werden könnten. So bestehe die Möglichkeit, im Falle eines Konjunkturrückgangs die Arbeitskräfte fremder Herkunft rasch zu entlassen und so trotz sinkendem Produktionsvolumen die einheimische Arbeiterschaft weiter voll zu beschäftigen.

Diese Erwartungen könnten sich aber leicht als trügerisch erweisen. Sie sind wohl einigermaßen begründet in bezug auf den saisonalen Spitzenbedarf. Es ist beispielsweise im Baugewerbe mit seinen großen jahreszeitlichen Schwankungen der Beschäftigung volkswirtschaftlich und sozialpolitisch vorteilhaft, den Stand der einheimischen Bauarbeiter einem Durchschnittsbedarf anzupassen, den Mehrbedarf der Sommermonate aber an ausländischen Arbeitsmärkten zu decken. Ähnliches mag für die Landwirtschaft und teilweise auch für das Gastgewerbe gelten.

In der Industrie aber liegen die Verhältnisse meist bedeutend komplizierter. Man darf vor allem nicht übersehen, daß die Erhöhung der Belegschaft hier fast immer Hand in Hand geht mit einer Erweiterung der Produktionsanlagen und folglich mit mehr oder minder großen Kapitalinvestitionen. Nun gibt es aber ein Optimum des Zusammenspiels der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, bei dessen Erreichung sich das günstigste Verhältnis von Aufwand zu Ertrag ergibt. Jeder Unternehmer wird bestrebt sein, ihm möglichst nahe zu kommen. Wenn nun sein Auftragsbestand sinkt und er deshalb Fremdarbeiter entläßt, so bleibt im übrigen durchaus nicht alles beim alten. Gewiß ermäßigen sich dadurch seine Lohnkosten, aber viele andere Kosten bleiben unverändert und, da sie auf weniger Erzeugnisse verteilt werden können, überteuern sie das einzelne Produkt. Dessen Absatz wird dadurch mühsamer und geht noch weiter zurück. Mit jedem weitern Rückgang aber wird der Druck der fixen Kosten noch schwerer. Manche Unternehmung könnte auf solche Weise, entgegen der landläufigen Meinung, in krisenhafte Schwierigkeiten hinein geraten, längst bevor sie ihre ausländischen Arbeitskräfte vollständig entlassen hätte.

Hinzu kommt, daß sich die Fremdarbeiter sehr ungleich über die verschiedenen Industriezweige und die einzelnen Unternehmungen verteilen und daß die Konjunkturbewegungen ihrerseits von einem Produktionszweig zum andern zeitlich keineswegs parallel verlaufen. Es könnte nun aber sehr wohl geschehen, daß der Absatz in Wirtschaftszweigen, die wenig ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, zu einer Zeit stark zurückginge, da andere Branchen mit einem hohen Prozentsatz an Fremdarbeitern noch in voller Blüte ständen. Diese zur Entlassung von Fremdarbeitern zu nötigen, weil andere Betriebe an Unterbeschäftigung leiden, wäre ein höchst fragliches konjunkturpolitisches Unterfangen, insbesondere in Fällen, wo es sich um nicht ohne weiteres auswechselbare Spezialarbeiter handelt. Auch in solchen Fällen müßte sich das vermeintliche

Ventil zur raschen Beseitigung eines Überdrucks am Arbeitsmarkt als bloße Attrappe erweisen.

Nur nebenbei sei darauf hingewiesen, daß *vertragliche Bindungen* gegenüber dem Ausland bestehen, wonach der Ausländer bei genügend langem Aufenthalt das Recht auf dauernde Niederlassung gewinnt. Aufenthaltsbewilligungen zu entziehen und Ausländer nach einer Reihe von Jahren tüchtiger Arbeit in unserm Lande zurU nterbrechung des Aufenthalts zu zwingen, damit das Recht auf Niederlassung verwirkt wird, wäre ein unserm Lande unwürdiges Verfahren. Ebenso wäre es in hohem Maße unfair, wenn wir in Zeiten rückläufiger Beschäftigung Mitarbeiter ausländischer Herkunft, aus deren Diensten unsere Wirtschaft lange Zeit großen Nutzen gezogen hat, von heute auf morgen in ihre Heimat entlassen würden.

Aber auch abgesehen von Niederlassungsrecht und Anstandsregeln sind wir im Entscheid über den Umfang der Beschäftigung von Ausländern nicht frei. Es ist hier nicht nur an die in bestimmten Fällen bereits zur Realität gewordene Möglichkeit zu denken, daß sich auch im Ausland die Vorräte an Arbeitskräften allmählich erschöpfen, sondern ebenfalls daran, daß aus irgendwelchen Gründen weltpolitischer Entwicklung auf einen Schlag Massen von Fremdarbeitern zur Heimkehr bewogen werden könnten. Man wagt sich kaum auszumalen, was das für unsere Wirtschaft bedeuten würde.

Der Folgerungen, die aus solchen Erwägungen fließen, sind vor allem zwei. Die eine lautet dahin, daß eine gewisse *Zurückhaltung* in der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor allem für die Industrie ratsam ist. Ratsam ist sie besonders in Fällen, wo es lediglich darum geht, mit ihrer Hilfe die Möglichkeiten der Hochkonjunktur bis zum letzten auszuschöpfen. Sie ist der Beitrag der Unternehmer zur Vermeidung einer Überfremdung und zur Wahrung unserer nationalen, politischen und kulturellen Eigenarten, deren Erhaltung angesichts der gewaltigen Fortschritte der Verkehrstechnik und der Bemühungen um eine Integration Europas noch immer oder erst recht wichtig ist.

Die andere Konsequenz geht dahin, daß auch in unserm Lande Arbeitsrationalisierung und Automatisierung weiter vorangetrieben werden müssen, und zwar keineswegs bloß in der Industrie, sondern in allen Wirtschaftszweigen, nicht zuletzt in der Landwirtschaft, auch wenn die hier herrschende kleinbetriebliche Struktur dafür keine besonders günstigen Voraussetzungen schafft. Die Zeit, da man Maschinen stillegte oder gar verschrottete, um mehr Menschenhände am Werk zu erhalten, sind wohl für lange vorbei. Was uns heute und in Zukunft nottut, sind eine möglichst sparsame Verwendung und ein möglichst rationeller Einsatz des Faktors Mensch in der Wirtschaft.